

Kyoto, das "chinesisches Staatseigentum" ist, hat der Oberste Gerichtshof von Osaka ein Urteil zugunsten Taiwans ausgesprochen (26.2.87).

Zu dem Fall gibt es eine längere Vorgeschichte: 1977 hatte ein Kreisgericht in Kyoto das Grundstückseigentum der VR China zugesprochen. Dagegen legte die Republik China (Taiwan) Rechtsmittel ein, woraufhin der Gerichtshof in Osaka das Urteil aufhob und das Kreisgericht in Kyoto anwies, sein Urteil zugunsten der Republik China umzuändern. Dagegen wiederum erhob die Volksrepublik Revision, so daß die Entscheidung in die 2. Instanz ging (XNA, 10.2.87).

Die Revisionsentscheidung des Obersten Gerichtshofs in Osaka erging am 26. Februar - wiederum zugunsten Taiwans. Das chinesische Außenministerium protestierte daraufhin in einer Note an die japanische Regierung. Es werde hier in "illegaler" Weise von einer "Zwei-China"-Prämisse ausgegangen, die in eklatanter Weise gegen die offizielle Politik der japanischen Regierung verstoße (XNA, 27.2.87).  
-we-

## Innenpolitik

\*(8)

### 6 ZK-Rundschreiben über die Bekämpfung bürgerlicher Liberalisierungstendenzen: Entschlossener Kampf aber keine politische Bewegung

Im Zeitraum von Anfang Januar bis Anfang Februar 1987 erließ die KPCh-Zentrale allein sechs parteiinterne Rundschreiben zum Thema 'Kampf gegen bürgerliche Liberalisierung'. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis, daß Auslandsjournalisten nicht über den Inhalt parteiinterner Rundschreiben informiert wurden, machten hochrangige Funktionäre gegenüber einem ausgesuchten kleinen Korrespondentenkreis (*Kyodo*, *AFP* und *Washington Post*) detaillierte Angaben über die ZK-Dokumente 1 bis 4/1987. Im folgenden werden die ZK-Dokumente 1 bis 6/1987 kurz vorgestellt:

1) ZK-Dokument 1/1987 wurde am 2. Januar parteiintern in Umlauf gebracht. Es gibt im wesentlichen eine Rede von Deng Xiaoping am 30. Dezember 1986 wieder, in der sich Deng sehr scharf gegen bür-

gerliche Liberalisierungstendenzen ausgesprochen haben soll. Deng soll darin u.a. gefordert haben, daß man von nun an mindestens 20 Jahre lang gegen bürgerlich-liberales Gedankengut kämpfen müsse. (*Zhengming*, Februar 1987, S. 10 u. März 1987, S. 6)

Deng forderte in dieser Rede eine harte Bestrafung jener Studenten, die Gesetz und Ordnung verletzten. In diesem Zusammenhang lobte Deng die Aushängung des Kriegszustands und andere harte Maßnahmen der polnischen Regierung gegen die oppositionelle Gewerkschaftsbewegung "Solidarität". Deng wies Forderungen nach Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative, wie dies im Westen praktiziert werde, zurück. Namentlich kritisierte Deng Xiaoping

- den zu 15 Jahren Haft verurteilten demokratischen Oppositionellen Wei Jingshen, dessen Freilassung Deng erneut ablehnte;
- Wang Bingzhang, ein Student, der 1982 in die Vereinigten Staaten ging und dort eine demokratische Oppositionsbewegung begründete, die die Zeitschrift *Chinesischer Frühling* herausgibt;
- den Astrophysiker und Reformtheoretiker Fang Lizhi und
- den kritischen Shanghaier Schriftsteller Wang Ruowang. (*Kyodo*, engl., 26.2.87, nach *SWB*, 28.2.87)

2) ZK-Dokument 2/1987 wurde am 10. Januar parteiintern herausgegeben. Es enthält eine Rede von Deng Xiaoping auf der 6. Plenartagung des XII. ZK vom 28. September 1986, in der sich Deng entschieden gegen bürgerliche Liberalisierungstendenzen wandte. Diese Rede leitete Deng mit der Bemerkung ein, daß er in der Frage des Kampfes gegen die bürgerliche Liberalisierung noch am meisten von allen gesagt habe und daß er von allen am entschiedensten für den Kampf gegen bürgerliche Liberalisierungstendenzen eingetreten sei. Als Vertreter bürgerlicher Liberalisierung, die China auf den Weg des Kapitalismus führen wollten, kritisierte Deng Xiaoping namentlich Wei Jingsheng, Wang Bingzhang und den jungen Nanjinger Universitätsprofessor Guo Luoji. Deng sprach sich entschieden "gegen eine Liberalisierung jeglicher Art" aus. Es gebe tatsächlich Bestrebungen, so Deng, China in den Kapitalismus zu führen. Deshalb müsse der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung nicht nur

kurzfristig sondern über einen längeren Zeitraum von 10 bis 20 Jahren geführt werden. (*IHT*, 28.2./1.3.87; *Ryukyu Shimpo*, 4.3.87, nach *SWB*, 7.3.87)

3) ZK-Dokument 3/1987 wurde am 17. Januar 1987, also einen Tag nach dem Sturz von Hu Yaobang, verbreitet. Das Dokument stellt im wesentlichen eine auszugsweise Wiedergabe des Berichts von Bo Yibo über die "Fehler" von Hu Yaobang auf der erweiterten Sitzung des Politbüros am 16. Januar 1987 dar. Darin werden sechs hauptsächliche Fehlleistungen von Hu Yaobang genannt, wegen derer er zurücktreten mußte. (*Zhengming*, März 1987, S. 6; *IHT*, 28.2./1.3.87. Zu den einzelnen "Fehlern", die Hu Yaobang vorgehalten werden, siehe Teil II meines Artikels über den Sturz von Hu Yaobang.)

Aus dem Bericht von Bo Yibo geht hervor, daß auf mehreren erweiterten Politbürositzungen zwischen dem 10. und 15. Januar außer Hu auch viele andere Spitzenkader Selbstkritik geübt haben. Im Gegensatz zu den anderen hat Hu jedoch offenbar einen Teil der gegen ihn erhobenen Vorwürfe als nicht mit den Tatsachen übereinstimmend zurückgewiesen. (*Kyodo*, engl., 26.2.87, nach *SWB*, 28.2.87)

4) ZK-Dokument 4/1987 wurde am 28. Januar 1987 parteiintern veröffentlicht. In dem Rundschreiben wird versucht, dem Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung einen Rahmen zu setzen, indem explizit klargestellt wird, daß er nicht in eine politische Bewegung ausarten dürfe. Die Bekämpfung der bürgerlichen Liberalisierung müsse sich strikt auf die Partei und auf den ideologisch-politischen Sektor beschränken. Alle anderen Bereiche und gesellschaftliche Gruppen dürften nicht in den antibürgerlichen Kampf einbezogen werden - genannt wurden hier der gesamte Wirtschaftssektor, Wissenschaft und Technik sowie Literatur und Kunst bzw. die nichtkommunistischen Demokratischen Parteien und die Intellektuellen, die nicht der KPCh angehören. Keinesfalls dürfe das Leben des Volkes beeinträchtigt werden. Namentliche Kritik dürfe nur in den Fällen erfolgen, in denen die Parteizentrale, konkret: die ZK-Propagandaabteilung, ihre Zustimmung erteilt habe. Der wesentliche Inhalt dieses ZK-Dokuments soll sich in der Rede von Zhao Ziyang zum traditionellen chinesischen Neu-

jahrsfest am 29. Januar und in dem Leitartikel der *Volkszeitung* vom 2. Februar wiederfinden. (*Zhengming*, März 1987, S. 6; *IHT*, 7.3.87; *Kyodo*, 6.3.87, nach *SWB*, 10.3.87)

5) ZK-Dokument 5/87 wurde am 4. Februar erlassen. In diesem Rundschreiben wird noch einmal besonders betont, daß die Bekämpfung bürgerlicher Liberalisierungstendenzen nicht auf den Bereich der Landwirtschaft ausgedehnt werden dürfe (*Zhengming*, März 1987, S. 6). Der Erlaß dieses Rundschreibens war notwendig geworden, nachdem es in einer Reihe von Gegenden zu einer erheblichen Verunsicherung der Bauern über die Fortsetzung des bisherigen landwirtschaftlichen Reformkurses gekommen war. Hinzu kam, daß im Januar in einigen Regionen, wie z.B. in der Provinz Henan, die Bauern von der dortigen Parteiführung aufgefordert worden waren, "sich spontan der bürgerlichen Liberalisierung zu widersetzen" (*Radio Henan*, 12.1.86, nach *SWB*, 20.1.87).

6) ZK-Dokument 6/1987 wurde am 6. Februar in Umlauf gebracht. In ihm fordert die Parteizentrale zur verstärkten Propagierung des Beschlusses des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses "über die Verstärkung der Rechtserziehung und über die Aufrechterhaltung von Stabilität und Einheit" auf (*Zhengming*, März 1987, S. 6). In diesem Dokument werden alle chinesischen Bürger noch einmal deutlich daran erinnert, daß die Anerkennung der absoluten Führungsrolle der KPCh, das Festhalten am sozialistischen Weg und die Aufrechterhaltung des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen als Leitideologie zu den in der Verfassung niedergelegten Bürgerpflichten eines jeden Chinesen - und nicht nur eines jeden KPCh-Mitglieds! - zählen. -sch-

\* (9)

#### **"Führungsgruppe zur Bekämpfung der bürgerlichen Liberalisierung" eingesetzt**

Nach Angaben der Hongkonger Zeitschrift *Asiaweek* ist beim ZK-Sekretariat eine "Führungsgruppe zur Bekämpfung der bürgerlichen Liberalisierung" etabliert worden, die unter der Leitung von ZK-Sekretär Deng Liqun (72) steht. Außer Deng Liqun, der ein Vertreter der orthodoxen Marxisten-Leninisten ist, umfaßt die Führungsgruppe u.a. folgende Mitglieder:

- Lu Zhichao, Direktor des Theorie-Referats der ZK-Propagandaabteilung;
- Xu Weicheng, stellvertretender Parteisekretär von Beijing und Generaldirektor der *Beijinger Tageszeitung*, die als besonders orthodox ausgerichtet gilt;
- Zhao Fusan, stellvertretender Präsident der Akademie für Sozialwissenschaften;

Eine der Aufgaben der neuen Führungsgruppe soll es sein, die Massenmedien des Landes mit Artikeln über den Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung und das Festhalten an den "Vier grundlegenden Prinzipien" zu versorgen. *Asiaweek* zufolge soll die Führungsgruppe zusammen mit der ZK-Parteischule und der Zentralen Disziplinarkontrollkommission sog. "Arbeitsgruppen" in verschiedene Einheiten auf den unteren Ebenen entsandt haben, um Material gegen weitere Verfechter einer bürgerlichen Liberalisierung zu sammeln. (*AW*, 1.2.87, S. 12-13 u. 15.3.87, S. 24-25) -sch-

\* (10)

#### **Deng Xiaoping und Hu Yaobang im Streit über die Verwendung des Begriffs "bürgerliche Liberalisierung"**

ZK-Dokument 2/1987 vom 10. Januar enthält eine Rede von Deng Xiaoping auf der 6. Plenartagung des XII. ZK vom 28. September 1986, in der sich Deng entschieden gegen bürgerliche Liberalisierungstendenzen wandte (*IHT*, 28.2./1.3.87). Deng hielt diese Rede offenbar während der Debatte darüber, ob der Begriff "bürgerliche Liberalisierung" weiterhin Verwendung finden und aufgenommen werden solle in den "Beschuß über die Leitprinzipien für den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation". Der von Hu Yaobang und anderen Mitgliedern des ZK-Sekretariats vorgelegte Entwurf dieses Beschlusses hatte den Begriff "bürgerliche Liberalisierung" nicht mehr enthalten, um die Intellektuellen nicht schon wieder zu verunsichern. Dies wurde von Bo Yibo, Deng Liqun und einem hochrangigen Mitglied der ZK-Militärkommission heftig kritisiert. Hu Yaobangs Position wurde demgegenüber von Wan Li und dem früheren Propagandachef Lu Dingyi offen verteidigt (*Zhengming*, Januar 1987, S. 7). In dieser Situation nahm Deng wie folgt Stellung:

"Da Liberalisierung eigentlich nur für die Bourgeoisie gelten kann, bin ich der Ansicht, daß (der Begriff der) bürgerlichen Liberalisierung (weiterhin) Verwendung finden sollte. Das, was man hier [in dem von Hu Yaobang u.a. verfaßten Beschlusentwurf] dazu geschrieben hat, ist ohne Bedeutung. Die gegenwärtige politische Lage erfordert es, daß wir den [von Bo Yibo u.a. vorgeschlagenen] Passus (über den Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung) aufnehmen. Ich empfehle, daß wir diese Sätze verwenden."

Einwand von Hu Yaobang: "Nachdem wir hin und her überlegt haben, sind wir im Redaktionsausschuß zu der Ansicht gelangt, daß es politisch vorteilhafter wäre, die Diktion unseres Entwurfes [in dem nicht explizit zum Kampf gegen bürgerliche Liberalisierungstendenzen aufgerufen wurde; Anm. d. Verf.] beizubehalten."

Deng Xiaoping dazu: "(Statt hin und her zu überlegen) hättet Ihr besser die Erklärungen sorgfältig lesen sollen, die in Hongkong und von ausländischen bürgerlichen Wissenschaftlern gemacht wurden und die alle uns aufforderten, den Weg der Liberalisierung zu gehen. Sie verlangen die Freilassung von Wei Jingsheng, reden über Menschenrechte und sagen, daß wir keine Menschenrechte hätten. Genau das ist (bürgerliche Liberalisierung). Doch woran wir gerade festhalten sollten, ist doch genau das, was sie (die Leute in Hongkong und ausländische bürgerliche Wissenschaftler) ablehnen und was sie hoffen, das wir es reformieren." (*Ryukyu Shimpo*, 4.3.87, nach *SWB*, 7.3.87) -sch-

\* (11)

#### **Hu Yaobang parteiintern angeblich als Rechtsabweichler kritisiert**

Der gestürzte ZK-Generalsekretär Hu Yaobang ist - einem Bericht der japanischen Nachrichtenagentur *Kyodo* zufolge - parteiintern als Rechtsabweichler Partei kritisiert worden. Dieser Vorwurf soll in dem Bericht von Bo Yibo, dem ständigen stellvertretenden Vorsitzenden der ZK-Beraterkommission, über die Fehlleistungen von Hu enthalten sein, den Bo Yibo auf der erweiterten Sitzung des Politbüros am 16. Januar 1987 vorlegte. Auszüge des Berichts von Bo Yibo sind in ZK-Dokument 3/1987 enthalten. Die politisch vernichtende Kritik, daß Hu Yaobang ein

Rechtsabweichler sei, wurde damit begründet, daß Hu nur "linke" Tendenzen kritisiert habe - "rechtes" Gedankengut hingegen sei von Hu nicht bekämpft worden. Noch schlimmer: Hu habe sogar die Verfechter einer bürgerlichen Liberalisierung ermuntert und verteidigt! (*Kyodo*, engl., 27.2.87, nach *SWB*, 3.3.87)

Wenn der *Kyodo*-Bericht über die Verdammung von Hu Yaobang als Rechtsabweichler zutreffen sollte, und wenn die gegenwärtige politische Kräftekonstellation bestehen bleibt, dürfte Hu Yaobang auf dem kommenden XIII. Parteitag mit großer Wahrscheinlichkeit seinen Sitz im Politbüro verlieren, denn es ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht vorstellbar, daß ein "Rechtsabweichler" in den Reihen des Politbüros geduldet wird. *Kyodo* bezieht sich in dem Bericht auf ZK-Dokument 3/1987, dessen Inhalt von KPCh-Führungskadern den Korrespondenten von *Kyodo*, *AFP* und *Washington Post* gegenüber enthüllt worden war. In den entsprechenden Berichten von *AFP* und *Washington Post* ist der Rechtsabweichler-Vorwurf allerdings nicht erwähnt. -sch-

\* (12)

#### Deng Xiaopings Machtposition beschnitten?

Aus ZK-Dokument 3/1987, das eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Diskussionen auf den erweiterten Sitzungen des Politbüros zwischen dem 10. und 16. Januar 1987 enthält, geht hervor, daß in Zukunft ein informelles Dreiergremium von Deng Xiaoping, Li Xiannian und Chen Yun darüber wachen soll, daß der künftige Parteichef politisch nicht aus dem Ruder läuft. (*Le Monde*, 2.3.87) Dies scheint ein Indiz dafür, daß Dengs Macht beschnitten worden ist, denn bisher oblag diese Aufgabe und Pflicht de facto ausschließlich Deng Xiaoping. Die fortgesetzten "Fehler" von Hu Yaobang, wegen derer er Mitte Januar gestürzt wurde, machten in den Augen der Orthodoxen offenbar deutlich, daß Deng Xiaoping allein der Aufgabe der politischen Überwachung des formellen Parteichefs nicht gewachsen war. Kritik an Dengs Einmann-Herrschaft hatte Chen Yun bereits auf der Nationalen Delegiertenkonferenz der KPCh im September 1985 geübt, als er forderte: "In allen Führungsgremien muß die Demokratie entfaltet werden, verschiedene Meinungen, ins-

besondere die Meinungen Andersdenkender, müssen angehört werden, ... und es muß vermieden werden, daß nur die Worte Einzelner gelten." (*RRB*, 24.9.85) -sch-

\* (13)

#### Deng Xiaoping: Trotz Sturz von Hu Yaobang keine Veränderungen am bisherigen politischen Kurs

Anlässlich eines Zusammentreffens mit dem Staatspräsidenten von Gabun erklärte Deng Xiaoping höchstpersönlich, daß "der personelle Wechsel an der Parteispitze auf keinen Fall zu einer Veränderung unseres festgelegten (bisherigen) politischen Kurses führen wird. Stattdessen wird die Politik der Partei nur noch besser als bisher ausgeführt werden. Kurz gesagt, wir werden alles wie bisher machen!" (*RMRB*, 19.2.87) Damit bestätigte Deng Xiaoping nach einmonatigem Schweigen die Erklärungen von Reformkräften (allen voran Ministerpräsident Zhao Ziyang), daß keine politischen Kursveränderungen intendiert seien. -sch-

\* (14)

#### Rede von Deng Xiaoping aus dem Jahre 1962 veröffentlicht

Das ZK-Theorieorgan *Rote Fahne* und das ZK-Organ *Volkszeitung* veröffentlichten am 16. Februar 1987 gleichzeitig eine 25 Jahre alte Rede Deng Xiaopings. Deng hatte diese Rede am 6. Februar 1962 vor der sog. "7.000-Kader-Konferenz" gehalten, die sich vom 11. Januar bis zum 7. Februar 1962 primär mit der Überwindung der katastrophalen Folgen des "Großen Sprungs" beschäftigte.

Das zentrale Thema der Rede Dengs ist die Forderung nach Wiederbelebung der "guten Traditionen" der Partei und darunter insbesondere die strikte Befolgung des Prinzips des "demokratischen Zentralismus". Dieses Organisationsprinzip der KPCh besagt im Kern, daß die gesamte Partei den Beschlüssen der Parteiführung Folge leisten muß. Die Äußerung anderer Ansichten zu einem Problem ist nur so lange erlaubt, bis die Parteiführung die parteioffizielle Ansicht zu diesem Problem per Mehrheitsbeschluß festgelegt hat. Liegt der Beschluß der Parteizentrale einmal vor, muß er von allen Parteimitgliedern befolgt werden - die Äußerung abweichender Meinungen ist dann keineswegs mehr erlaubt, sondern stellt einen schwerwiegenden Verstoß gegen die "Parteidisziplin" dar.

Vor diesem Hintergrund gesehen könnte hinter der Veröffentlichung dieser alten Deng-Rede die implizite Aufforderung stehen, daß der Sturz von Hu Yaobang von allen KPCh-Mitgliedern widerspruchslos hingenommen werden muß. Darüber hinaus enthält die Rede Dengs eine indirekte Kritik an Mao Zedong, indem die Einmann-Herrschaft kritisiert und stattdessen die strikte Befolgung des Prinzips der kollektiven Führung gefordert wird. Außerdem wird die Achtung der politischen Minderheit (innerhalb der Führung) gefordert, da die Ansichten der Minderheit nicht notwendigerweise falsch seien. In der heutigen Situation könnte die damalige Deng-Kritik an Mao jedoch gegen Deng selbst gemünzt sein, denn genau das, was Deng 1962 Mao vorwarf, kritisierte Chen Yun im September 1985 auf der Nationalen Delegiertenkonferenz der KPCh indirekt an Deng Xiaoping. Möglicherweise soll bzw. sollte die Kritik an der Einmann-Herrschaft aber auch 'nur' Hu Yaobang gelten, dem u.a. angekreidet wurde, das Prinzip der kollektiven Führung verletzt zu haben. Freilich ist dem entgegenzuhalten, daß Hu nie in der Lage war, eine Einmann-Herrschaft im Stile Maos auszuüben - dazu war bisher, und dies auch nur ansatzweise, nur Deng Xiaoping fähig.

Letztlich bleibt unklar, wer und was hinter der Veröffentlichung dieser 25 Jahre alten Rede von Deng Xiaoping steht. Statt einer direkten Stellungnahme Deng Xiaopings zur politischen Lage wurde Chinas politischer Öffentlichkeit eine Rede präsentiert, die erhebliche Interpretationsspielräume offenläßt und eher noch weitere Verunsicherung hervorrufen dürfte. -sch-

\* (15)

#### Erneutes Ansteigen der Bevölkerungswachstumsrate

Im Jahre 1986 ist die chinesische Bevölkerung schneller als geplant gewachsen. Nach offiziellen Angaben betrug die natürliche Zuwachsrates der Bevölkerung 1986 14,08 pro Tausend. Im Jahre 1985 betrug sie offiziell nur 11,23 pro Tausend. Ende 1986 soll die chinesische Bevölkerung Chinas 1,06 Mrd. umfaßt haben. Als Gründe für das neuerliche Ansteigen der Wachstumsrate werden die Lockerung der Geburtenplanungsarbeit an vielen Orten, die steigende Zahl der Mehrfachgeburten und zu frü-

hes Heiraten angegeben. Darüber hinaus wird auch die Bevölkerungsstruktur verantwortlich gemacht, weil jetzt der in den Babyboomjahren 1963-65 geborene Anteil der Bevölkerung ins Heiratsalter kommt. Von offizieller Seite soll angesichts dieses Tatbestandes die Familienplanungspolitik wieder stärker reglementiert, d.h. Geburtenplanung, Spätheirat sowie weniger, aber gesunde Kinder propagiert werden (RMRB, 17.2.87). Aufgrund der Widerstände in der Bevölkerung gegen die Ein-Kind-Familie war in den vergangenen Jahren die Geburtenplanungspolitik an manchen Orten etwas gelockert worden. Wahrscheinlich werden die Vorschriften jetzt wieder strenger gehandhabt werden. Ohnehin erscheint das seit Anfang der achtziger Jahre in Aussicht genommene Ziel, die Bevölkerung bis zur Jahrhundertwende nicht über 1,2 Mrd. anwachsen zu lassen, nurmehr als Illusion.

Offensichtlich unter dem Eindruck der beunruhigenden Bevölkerungsentwicklung hat der Staatsrat beschlossen, in diesem Jahr bei einem Prozent der Bevölkerung eine Stichprobenzählung vorzunehmen. Die Zählung soll Anfang Juli vorgenommen werden, wobei der 1. Juli als der Stichtag gilt. Sie ermöglicht eine Aufdatierung der im dritten nationalen Zensus von 1982 gewonnenen Ergebnisse. Ferner beschloß der Staatsrat, alle zehn Jahre eine nationale Volkszählung und dazwischen, also jeweils nach fünf Jahren, eine Stichprobenzählung bei einem Prozent der Bevölkerung zu veranstalten. Der nächste nationale Zensus soll allerdings schon 1990 stattfinden (RMRB, 21.2.1987). -st-

## Kultur

\* (16)

### Weitere Reform des Wissenschaftssystems

Nach dem ZK-Beschluß über die Reform des Wissenschaftssystems vom März 1985 (vgl. C.a. 1985/3, Ü 16) hat der Staatsrat Anfang Februar 1987 beschlossen, die Reform des Wissenschaftssystems weiter voranzutreiben (vgl. RMRB, 4.2.87). Ziel der Reform ist es, die Restriktionen, denen die Forschungsorgane unterworfen sind, weiter zu lockern, die Verbindung zwischen Forschung und Produktion zu fördern, die Zusammenar-

beit von Wissenschaft und Technik mit der Wirtschaft zu intensivieren, die Personalpolitik zu lockern und günstigere Bedingungen für die Wissenschaftler und Techniker zu schaffen. Von seiten des Staatsrates wurde darauf hingewiesen, daß die bisherigen Reformen schon erste Erfolge erbracht haben.

Trotzdem aber, so heißt es, bestehen nach wie vor Mängel: Die Situation, daß Wissenschaft und Technik von der Produktion getrennt sind, hat sich nicht grundlegend geändert. Auch die Struktur der wissenschaftlich-technischen Einrichtungen hat sich nicht wesentlich geändert, die gegenseitige Abgeschlossenheit existiert immer noch. Die wichtigsten Forschungsinstitutionen sind wie ehemals Anhängsel der Verwaltung und stehen in keiner Beziehung zur Volkswirtschaft. Ein großer Teil qualifizierter Fachleute ist immer noch an den wichtigsten Forschungsinstitutionen der Regierung und an den Hochschulen konzentriert, während Leichtindustrie und Handel sowie lokale Stellen und Dörfer einen großen Mangel an wissenschaftlichem Personal zu verzeichnen haben. Da es an wirksamen Maßnahmen fehlt, die Verbindung zwischen Forschungsinstitutionen und Wirtschaftsbetrieben enger zu gestalten, versucht eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Instituten, für sich selbst bessere Bedingungen zu schaffen, und bemüht sich nur selten um engere Beziehungen zu den Betrieben. Forschungsinstitute, die von Unternehmen betrieben werden, versuchen auf jede mögliche Art, sich von den Unternehmen zu lösen, und vor allem neigen die Ministerien und anderen Regierungsbehörden dazu, nach ihrer Reorganisation und der Dezentralisierung der Betriebe ihre Kontrolle über die Forschungsinstitute zu verstärken.

Weiter heißt es, daß im Zuge der Reformen des Wirtschaftssystems und des staatlichen Verwaltungssystems die Reform des Wissenschaftssystems entsprechend den bereits verkündeten Maßnahmen verstärkt voranzutreiben sei. Dazu sei es notwendig, einen neuen Anlauf zu unternehmen. Daher habe der Staatsrat folgende Bestimmungen erlassen, um die Bedingungen der Forschungsinstitute flexibler zu gestalten:

(1) Alle Regierungsbehörden sollen Verwaltungs- und Forschungsaufgaben voneinander trennen, die

Verwaltung vereinfachen und den unteren Ebenen größere Autonomie geben sowie die Forschungsinstitute schrittweise den Unternehmen, Unternehmensgruppen, Branchen oder zentral gelegenen Städten unterstellen. Die staatliche Verwaltung der Forschungsinstitute soll von direkter Kontrolle in indirekte Verwaltung umgewandelt werden, wobei der Staat die Richtung bestimmt und eine koordinierende Funktion haben soll.

(2) Die Mehrzahl der Forschungsinstitute, deren Tätigkeit darin besteht, neue Techniken und insbesondere neue Produkte zu entwickeln, sollen sich allmählich Unternehmen oder Unternehmensgruppen anschließen oder enge Beziehungen mit ihnen aufnehmen. Die finanziellen Zuwendungen für die Forschung sollen zunehmend aus den Einnahmen der Unternehmen kommen.

(3) Andere Forschungsinstitute, d.h. nicht der Regierung unterstehende Institute, die sich mit der Entwicklung neuer Techniken befassen, sollen ihre Arbeit auf die Interessen der Wirtschaft richten, wobei unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit möglich sind. Die kleine Anzahl der Institute, die für die Entwicklung der Industrie relativ große Bedeutung haben, können sich zu Zentren für die Entwicklung neuer Techniken und Industrien herausbilden. Andere könnten sich an mittlere und kleine Betriebe, zumal Betriebe in Dörfern und Kleinstädten, wenden und für diese die Funktion von Zentren für technische Entwicklung wahrnehmen. Andere wiederum könnten sich mit Designer- und Ingenieureinheiten zusammenschließen und Vertragsfirmen organisieren. Schließlich gäbe es noch die Möglichkeit, daß Institute Betriebe übernehmen und sich zu einer Art Unternehmensgruppe entwickeln, in der die Forschung Vorrang hat, oder in Unternehmen, die zugleich forschen und produzieren. Die Forschungsmittel dieser Organe sollten hauptsächlich aus den Einnahmen kommen, die durch Dienstleistungen für andere Betriebe und die Gesellschaft gewonnen werden.

(4) Die Forschungsinstitute sollen ihre Verwaltung vereinfachen und ihr Personal reduzieren. In den nächsten Jahren sollen im allgemeinen weder neue Institute geschaffen noch das Personal erweitert werden. Das vorhandene Personal sollte den tatsächlichen Gegeben-